

ERNST WURL

Das Krisenjahr 1956

Linke Utopien – die Zukunft denken

Das wesentliche Anliegen der Konferenz könnte darin bestehen,

- das Jahr 1956 in seiner Bedeutung für die Geschichte der linkssozialistischen Bewegung und insbesondere für die Perspektiven der DDR zu erörtern;
- Platz und Funktion utopischen Denkens im politischen Handeln der Linken zu diskutieren;
- dessen ideologiegeschichtlichen und politischen Status im untergegangenen Staatssozialismus und in der kommunistischen/sozialistischen Bewegung zu untersuchen;
- neue Utopien und Wege utopischen Denkens vorzustellen und zu erörtern;
- Anstöße zu einem theoretisch vertieften Zukunftsdenken zu vermitteln.

*

Der 50. Jahrestag der Wiederkehr des XX. Parteitages der KPdSU lässt nach seinen historischen Wirkungen in einer Situation fragen, da das Sowjetimperium bereits seit über einem Jahrzehnt zerfallen ist; auf seinen Trümmern und in den europäischen staatssozialistischen Ländern hat sich die Restauration des Kapitalismus in einer globalen und neoliberalen Variante vollzogen bzw. ist in vollem Gange. Von einer kommunistischen Weltbewegung kann keine Rede mehr sein. Die aus den Parteien bolschewistischen Typus hervorgegangenen linkssozialistischen Parteien ringen um die Neubestimmung ihrer politischen Programmatik und der Wege zur Bändigung und letztlich Überwindung einer antihumanistischen Weltordnung.

Mit den genannten Schwerpunkten öffnet sich ein weiterer thematischer Spielraum, in dem als Schwerpunkte produktiver Diskussion angesehen werden können:

- 1956 und seine Folgen als eine der wirkungsreichsten Wegscheidungen in der Geschichte des »Realsozialismus« aus einer kritischen, durch die Erfahrung des Untergangs gereiften und auf neue Forschungen gegründeten Sicht zu untersuchen sowie das Urteil über die begriffliche Weite, die Wurzeln und die historische Rolle des Stalinismus zu vertiefen;
- damit die grundsätzlich sich aufdrängende Frage nach der Substanz und dem Platz linksozialistischer Positionen zum utopischen

Ernst Wurl – Jg. 1933,
Dr. sc. phil., Historiker und
Politikwissenschaftler,
Leipzig.

Konzeption für die
VI. Rosa-Luxemburg-
Konferenz der Rosa-
Luxemburg-Sachsen e.V.
am 24. und 25. März 2006
in Leipzig

Weitere Informationen unter:
[www.rosa-luxemburg-
stiftung-sachsen.de](http://www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen.de)

Denken zu debattieren, generell wie insbesondere in der Marxschen Theorie und ihren späteren Variationen, bis zur politischen und theoretischen Praxis des »Realsozialismus«;

- auch einen neuen Umgang mit den verschiedenen Phänomenen utopischen Denkens zum Vorteil politischer Praxis in der Gegenwart ins Auge zu fassen.

Die Notwendigkeit und der mögliche Nutzen eines solchen Vorgehens ergeben sich aus mehreren Gründen.

Der XX. Parteitag der KPdSU löste mit dem Referat N. S. Chruschtschows zur Überwindung des Personenkults und zur Geschichte der UdSSR und des Sozialismus sowie mit seinen weiteren darauf fußenden Beschlüssen Entwicklungen aus, die perspektivisch weit über die beabsichtigten Lösungen hinausreichten. Er erwies sich zwar als der bis dahin erreichte Höhepunkt und als Ausgangspunkt weiterer Entstalinisierung der UdSSR seit dem Tode Stalins. Jedoch lag in seiner Konsequenz die Beseitigung eines totalitären Systems eigener Art mit Massenrepressalien, Missachtung von Individualität und Menschenwürde. Es stellte sich allerdings schon früh die Frage, ob nicht die Reduzierung der Kritik auf den Personenkult um J. W. Stalin einen Irrweg wies, weil damit ein Bündel von Widersprüchen aufrechterhalten wurde, welche der Idee des Sozialismus schaden und sie verzerrten. Es war zu erwarten, dass die Beseitigung der extremen Auswüchse des politischen Systems, ohne es in seiner Substanz umzuwälzen, nicht genügen konnte. Diese blieb weitgehend erhalten: die »führende Rolle der Partei«, ihr Machtmonopol mittels des »demokratischen Zentralismus«, die Bürokratisierung der Machtausübung und die Vergötzung des Staates, die Knebelung der Meinungsfreiheit nach einem kurzen »Tauwetter«, die schonungslose Verfolgung von Dissidenten und Ähnliches mehr, was die Etablierung einer sozialistischen Demokratie verhinderte. Der Grundwiderspruch des Systems zwischen den verkündeten hehren sozialistischen Zielen und Idealen einerseits und der andererseits ihnen widersprechenden Praxis des gesellschaftlichen und persönlichen Lebens sowie eine insgesamt ineffektive zentralverwaltete Ökonomie mussten andauern und letztlich die Existenzgrundlagen der Gesellschaft untergraben.

War das stalinistische Herrschaftssystem objektiv unvermeidbar gewesen und auch noch jenseits der »Übergangsperiode zum Sozialismus« unabdingbar? Konnte ein Weg ohne Stalin und die brutalsten Elemente seiner Herrschaft, aber mit dem von ihm geprägten und kanonisierten Marxismus-Leninismus eine Zukunft haben? Boten sich unter den seinerzeit bestehenden inneren Bedingungen – einem stark verbreiteten Stalinkult und der Macht der Bürokratie – sowie den Verhältnissen des Kalten Krieges überhaupt realistische Varianten eines »dritten Weges«, eines demokratischen Sozialismus an?

Die Abkehr von Stalin rief 1956 zwiespältige Reaktionen in der kommunistischen Bewegung hervor. In einigen kommunistischen Parteien entfalteten sich kritische Diskussionen, welche die auf dem KPdSU-Parteitag gezogenen Grenzen konstruktiv überschritten. Die Verurteilung Stalins stieß ebenfalls auf erbitterten Widerstand oder zumindest eine zögerliche Aufnahme in kommunistischen Parteien. Verteidiger des Stalinismus sehen heute noch im XX. Parteitag be-

harrlich den Auftakt zum Untergang des historisch entstandenen Sozialismus, den sie für den Prototyp selbst halten. Erwies sich die Befürchtung als berechtigt, dass die Abkehr vom Stalinschen Herrschafts-, Politik- und Parteiverständnis angesichts der Bedrohungslage des Kalten Krieges und die öffentliche Verurteilung Stalins den Sozialismus gefährden, die Kommunistische Bewegung spalten und ins Verderben treiben müsse? In der DDR, stärker insgesamt jedoch in Polen und vor allem in Ungarn kam es immerhin zu Arbeitsniederlegungen und Zusammenstößen bzw. in Ungarn zu einem Bürgerkrieg, in den die UdSSR militärisch intervenierte. Wie sind diese Prozesse und Vorgänge heute einzuordnen? Da sich in ihnen das politische Streben nach Demokratisierung mit inneren wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten in den ostmitteleuropäischen Staaten verflocht, wird heutzutage von der nach 1953 zweiten Entstalinisierungskrise gesprochen. Bestand ein Zusammenhang zwischen den inneren Krisenphänomenen im Ostblock und dem – mehr oder weniger zeitgleichen – Überfall Israels, Großbritanniens und Frankreichs auf Ägypten, der zweiten großen, nun internationalen Krise des Jahres 1956? Drohte ein Eingreifen der NATO in Ungarn? Oder lag den USA und ihren Verbündeten – untereinander uneins – mehr an der Aufrechterhaltung des Status quo in Europa?

In diesem Bedingungsgefüge folgte die Führung der SED in der DDR der Linie der KPdSU, jeden Zusammenhang zwischen den Fehlern Stalins und dem bolschewistischen Sozialismusmodell zu bestreiten und als gegnerische Propaganda zu diskreditieren. Der Druck einer anwachsenden Reform- und Demokratiebewegung sowie der Kritik an der Parteiführung und am Führungsstil Walter Ulbrichts in weiten Kreisen der Intelligenz, der Wissenschaft und der Studentenschaft nötigte sie jedoch, das anfängliche Zaudern, das Verschleiern und die Ablenkungsmanöver zu modifizieren: sie sprach selbst von der Bekämpfung des Personenkultes innerhalb der SED – und von offenem Meinungsstreit. Angesichts der anschwellenden innerparteilichen Auseinandersetzungen, Arbeitsniederlegungen, der polnischen »Oktoberevolution«, des Budapester Aufstands, der sowjetischen Intervention in Ungarn und der Suez-Krise schränkte sie im Herbst kritische Diskussionen ein und unterband sie letzten Endes. Bedrohte – und wenn ja: in welchem Maße – die Gruppe kritischer Intellektueller um Wolfgang Harich und Walter Janka mit ihrem Programm vom November 1956 real den Bestand der DDR als sozialistischer Staat? Zeigte sich tatsächlich keine andere Möglichkeit, denn sie als » Wegbereiter der Konterrevolution« wegen ihres » modernen Revisionismus« zu disqualifizieren und zu kriminalisieren? Wie werten wir heute die These, dass sich zu W. Ulbricht zu jener Zeit keine personelle Alternative an der Spitze der SED anbot? Im Schatten und unter den Forderungen der KPdSU versandten systeminterne Problemlösungen in der DDR bzw. wurden gar nicht erst angegangen. Stand für einen gesellschaftlichen Erneuerungsprozess oder etwa Umbruch kein adäquates Veränderungspotenzial bereit und obsiegte deshalb der Wille zum Erhalt der eigenen Macht in der Politbürokratie? Worin finden sich Übereinstimmungen und Unterschiede zwischen der Krise von 1956 und der von 1989?

Das Jahr 1956 schien einen sozialistischen Frühling anzukündigen, zeitigte aber nur ein kurzes Tauwetter, das alsbald in Frost umschlug. So unvollkommen die Kritik des XX. Parteitag der KPdSU am Stalinismus auch war – der Parteitag selbst verkörperte schon das Ende der Illusionen und Selbsttäuschungen über die Humanität des bis dahin zurückgelegten Weges zum bolschewistischen Sozialismustyp. Die Utopie vom »neuen Menschen« als eines universellen Riesen und von der Homogenisierung der Gesellschaft durch eine totale »Säuberung« hatte sich als grandioser und grausamer Fehlschlag erwiesen. Die Idee des Sozialismus musste erst einmal in die Freiheit zum utopischen Denken entlassen werden, um sich auf die Suche nach einem neuen Anfang begeben zu können. Es hat eine eigentümliche historische Logik, dass ausgerechnet gegen den Philosophen, der Marxismus – äußerlich sogar in seiner Gestalt als Marxismus-Leninismus – und Utopie miteinander zu verbinden suchte, im Gefolge der »Auswertung« des XX. Parteitages eine Diffamierungskampagne schlimmster Art inszeniert wurde: Ernst Bloch. Es brach eine Zeit an, in der die Prämisse galt, dass bewusst über den Sozialismus nicht hinausgedacht werde und damit die Utopie ohnehin überflüssig sei.

*

Das Verhältnis von Marxismus, Sozialismus und Utopie und ihre Verknüpfungen mit der Politik blieben und fanden zum Ende des 20. Jahrhunderts eine unerwartete Aufmerksamkeit, auf rechter wie linker politischer Seite.

Die Gründe dafür liegen zum Einen darin, dass das Scheitern des europäischen Staatssozialismus von den unmittelbaren »Siegern der Geschichte« auch als grundsätzlicher Fehlversuch, die sozialistischen Ideale zu verwirklichen, und damit als das »Ende der Utopien« gedeutet wird; die Utopie wird von konservativen und anderen rechten Kräften schlechthin als totalitarismuslastig und menschenfeindlich diffamiert. Es möge Utopismus zwar weiterhin geben, aber nur marginal und als zu vernachlässigende Größe. Eine sozialistische Alternative, wie auch immer sie dereinst inhaltlich strukturiert sein könnte, wird a priori ausgeschlossen, die Linke in das Licht historischer Perspektivlosigkeit gerückt sowie ihr Nachsinnen über Zukunft als aussichtslose Schwärmerei verunglimpft.

Zum Anderen mangelt es der politischen Linken teilweise an Selbstgewissheit über den Umgang mit Utopien. Die pauschale, radikale Kritik von Karl Marx, Friedrich Engels, W. I. Lenin und anderen namhaften Theoretikern bzw. Politikern des Sozialismus an der Utopie reichte bis zur erklärten Feindschaft gegen sie (Lenin) und setzte ihr den »wissenschaftlichen Sozialismus« entgegen; er allein vermöge den Werktätigen den Weg zum Sozialismus zu weisen. Unausgesprochen wurde jedoch objektiv mit der Deklaration einer sozialistischen und letztlich zu erreichenden kommunistischen Gesellschaft ein utopisches Fernziel ausgewiesen. So wäre zu überdenken, in welchem Maße der seit dem XX. Parteitag der KPdSU zunehmende Verlust an Utopismus in der kommunistischen Weltbewegung und den staatssozialistischen Ländern mit dem Rückzug auf den »Realsozialismus« die anwachsende Lebensunfähigkeit stalinistisch geprägter Sozialismusmodelle reaktiv beeinflusste. War er

nicht nur ein Symptom, sondern selbst ein Faktor ihres Unterganges? Bedeutete dieser auch eine Niederlage des »wissenschaftlichen Sozialismus«? Oder wirken ungeachtet obsolet gewordener theoretischer Fundamente – wie des Geschichtsdeterminismus – Bestandteile nicht nur verborgen als Antipoden moderner sozialistischer Utopien nach und dienen weiterhin als Argumente? Wirkt sich dies auf den Platz utopischen Denkens im politischen Instrumentarium der Linken in dieser oder jenen Weise aus?

Tatsächlich hat sich jedoch ein fundamentaler Wechsel in der Einstellung zur Utopie in der politischen Diskussion linkssozialistischer Parteien um die eigene Programmatik seit Beginn der 90er Jahre vollzogen; nicht wenige wenden sich ihr bewusst zu, indem sie die dem Marxschen Denken eigenen utopischen Elemente mit der Orientierung auf Sozialismus zur Sprache bringen. Die Erfahrung, dass der Versuch gescheitert ist, mittels der Diktatur des Proletariats und nach einem angeblich von der Geschichte vorgezeichneten Prozess zum Ziele zu gelangen, wirft die Frage nach Weg und Ziel auch für den utopischen Träumer völlig neu und erheblich komplizierter als zuvor auf.

Insbesondere werden, auf Ernst Blochs »Prinzip Hoffnung« zurückgreifend, die von diesem so genannten »konkreten Utopien« – bei freier Verwendung des Begriffes – bereits seit Ende der 60er Jahre in vielerlei Gestalt formuliert und hier und da probiert. Dies lässt fragen, ob mit dem theoretischen Zugriff auf das »Noch-Nicht« und das »real Mögliche« ein neuer Utopiebegriff, ausgerichtet am Gleichklang mit »Latenz und Tendenz« im Geschichtsprozess, regulativ definiert werden soll. Damit würde weiterhin von einem erkannten »Fahrplan« der Geschichte ausgegangen, Subjektivismus wie Voluntarismus könnten – denkt man die Bestimmung des »real Möglichen« – ins Spiel geraten. Und: Ob nicht die damit vorgenommene Rückbindung des Utopiebegriffs an das heute schon Machbare, dem immanent die Vereinzelung auf Projekte anstelle der Projektion gesamtgesellschaftlicher Veränderung innewohnt, die gesellschaftliche Praxis verengen und eine neue Zwanghaftigkeit in den Begriff der Utopie bringen könnte? Vermöchte das ihren gesellschaftskritischen, aufrührerischen Modus zu bremsen? Müsste die Utopie als kritisch-rationaler wie phantastischer Reflex auf die Gegenwart, der das heute in der Realität Vorstellbare überschreitet und vorab nur im Denken existieren kann, alsdann zurücktreten?

Es scheint daher angebracht, sich über den Begriff der Utopie unter den Linken auszutauschen, ohne dass daraus verpflichtende Definitionen und Gebrauchsvorschriften hervorgehen sollten. Ob man einem hypertrophen Begriff à la Ernst Bloch (der in der Linie Gustav Landauer – Karl Mannheim steht) – folgt, in dem der Tagtraum und das Märchen mit dem Gesellschaftsmodell auf eine Ebene gestellt werden, oder ob man sich vorrangig an Gesellschaftsmodellen von Sozialutopien orientiert – wie auch immer: Zur Utopie gehört die Vielgestaltigkeit.

Die reichhaltigen Ergebnisse der Utopieforschung, vielfach im politischen Diskurs vernachlässigt, könnten nicht nur in dieser Hinsicht auf der Konferenz behilflich sein, indem gewonnene Erkenntnisse überhaupt angeeignet werden; sie wären geeignet, zu einem diffe-

renzierteren Bild der klassischen Utopien und des utopischen Denkens beizutragen, der ahistorischen und wissenschaftsmethodisch unseriösen Verteufelung des Utopismus entgegenzuwirken und den Blick auf die Fülle demokratischer Utopien »von unten« – neben den etatistischen und »Ordnungsutopien« – zu lenken. Die Dominanz letzterer ist durch libertäre Entwürfe, die von der Freiheit des Individuums ausgingen, früh gebrochen worden, ebenso haben Dystopien als Warnungen vor rationalistisch überzogenen Entwürfen geschlossener Gesellschaften eine korrigierende Rolle im utopischen Denken wahrgenommen.

Die zum Ende des 20. Jahrhunderts voll in Fahrt gekommene Globalisierung, beruhend auf einer rasanten technologischen und informationellen Revolution, verschärft das Utopieproblem der Linken. In einem theoretischen und politischen Selbstfindungsprozess begriffen, verfügt auch sie bisher nicht über die sozialen und politischen gesellschaftlichen Lösungen für die Folgen dieser objektiven Prozesse. In einer Welt des Umbruchs, noch im Anfangsstadium, in dem bereits die gewohnten Verhältnisse zur Disposition gestellt werden, traditionelle Strukturen und selbstverständliche, gewachsene politisch-soziale wie individuelle Lebensregeln zerbrechen, muss auch Politik in ihrer Beziehung zur Utopie neu definiert werden. »Nur in einer Welt, in der die Herrschaft des Rechts und die Fragen der sozialen Gerechtigkeit neu aufgerollt und beantwortet werden, in der mehr Transparenz, Zurechenbarkeit und Demokratie im globalen Gegeneinander und Miteinander und dabei insbesondere die Belange der Ärmsten und Ausgeschlossenen ins Zentrum gerückt werden, besteht eine Chance des Überlebens.«

Der Bedarf an Utopien, Visionen, Leitbildern und generell an Zukunftsentwürfen ist daher größer denn je, »Entwicklungs- und Zukunftsdenken« dringend geboten. Sozialistisches Denken kann aus sich heraus auf Utopien nicht verzichten, steht jedoch unter den qualitativ sich wandelnden gesellschaftlichen Bedingungen vor dem Problem, Zukunftsdenken in die eigene Politik so einzuordnen, dass es der Fernorientierung dient, zugleich aktuell verfügbar und operabel ist, sich jedoch mit der Einsicht bescheidet, dass in der Politik die Realitäten des Tages und der Stunde das Primat besitzen. Das Verhältnis von Utopie und Politik, nicht die Entgegensetzung von Utopie und Wissenschaft stellt somit das brisante Problem dar. Die Antwort könnte sich an der Frage entscheiden: Bestimmen die rationale, wissenschaftlich getragene Analyse der sich schneller denn je bewegenden Gegenwart und die interessen geleiteten Schlussfolgerungen daraus den Einsatz und Wirkungsgrad utopischen Denkens, oder wird letzteres für sich genommen über die Tagespolitik gelegt und diese unvermittelt zu einer Sache »letzter Ziele« gemacht? Kann das Utopische strategisch oder taktisch unmittelbar auf das politische Handeln ausgerichtet werden?

Visionen, Entwürfe und Konzepte heute nicht realisierter und/oder möglicher, vielleicht aber auf Grund unserer Erfahrungen denkbarer anderer Gesellschaftsmodelle vermögen das programmatische und strategische Denken der Politiker gewiss zu stimulieren und ebenfalls der Gesellschaftstheorie Ideen offerieren. Als ein unabdingbares Merkmal solcher gesamtgesellschaftlicher Visionen wäre ein

radikal-demokratisches politisches Systemverständnis vorstellbar, das libertäre Demokratie mit dem »anarchistischen Diskurs« einer herrschaftsfreien Perspektive in der Utopiegeschichte zu verbinden sucht. Ähnlich diskutabel erscheinen Normen politischer Ordnung wie dezentralistisch, antwortoffen, basisdemokratisch, ahierarchisch, technologisch sanft, ökologisch bewusst, frauenfreundlich und pazifistisch.

Gesellschaftsmodelle und Vorstellungen über die politische Ordnung nach solchen Kriterien wären offen und dynamisch; ihr Muster müsste nichts mehr mit den geschlossenen statischen klassischen Staatsutopien oder Gesellschaftsvisionen gemein haben. Von hier aus kann über Hypothesen, die innerhalb der politischen und der Gesellschaftstheorie aufgestellt werden, weiter gedacht und so eine Wechselwirkung mit Theorie und politischem Denken hergestellt werden. Auf der Ebene der Lebenspraxis kann utopisches Denken Laboratorien und Werkstätten alternativen Lebens, Arbeitens und der Kultur initiieren, die über individuelle Bedürfnisse hinaus der Politik Erfahrungswerte über das gesellschaftlich noch nicht Mögliche, aber doch Anreicherndes zur Verfügung stellen. Feministische und ökologische Utopien bieten sich an.

Solche zur Diskussion sich aufdrängenden Aspekte des Utopismus können im Hintergrund strategischer und programmatischer politischer Entscheidungen stehen, nicht aber deren Aussagensysteme diktieren; sie liefern Folien, vor denen Entscheidungen über das heute Machbare gefällt werden könnten. Ohne Werte, Visionen und Prinzipien findet Politik weder ihre Selbstlegitimation noch ihre Konsistenz, weder innere Bindungskraft noch äußere Resonanz. Detailentwürfe politischer Parteien und Bewegungen für eine denkbare Gesellschaft der Zukunft hingegen stünden unverzüglich im Lichte von Programmatik. Doch konkrete Fernziele »letzter Ordnung« mit ihrem inhärenten Drang zur Verwirklichung wären unleugbar Fesseln des eigenen politischen Handelns, sie könnten zu Eschatologie und Orthodoxie verleiten. So steht stets die Frage: Wie haben bzw. würden sich utopische Intentionen mit Prognosen, politischer Planung und gesellschaftswirksamen Aktivitäten verbinden lassen? Ebenso gilt: Im Zentrum der Politik steht das zweckgerichtete Handeln – ein blanker Pragmatismus allerdings würde zur Handwerkerlei ohne Perspektiven entarten.